Nachrichten

des Geb.-Komitees der KP(B) SU und ZVK der AGRR der Wolgadeutschen

Bezugspreis mit Zustellung: für 1 Monat 55 Kop., für das Vierteljahr 1 Rbl. 50 Kop., für das Halbjahr 3 Rubel, für das Jahr 6 Rbl., für das Ausland 70 Cents monatlich. — Aenderung der Adresse 15 Kop.

—— Einzelpreis 5 Kop. ——

Inseratenpreise: Auf der 1. Seite 90 Kop., auf der 2. Seite 57 Kop., auf der 4. Seite 45 Kop. Preisnachlaß nach Uebereinkommen. — Bekanntmachungen über Verlust von Dokumenten, nicht mehr als 5 Petitzeilen 1 Rbl. 10 Kop. —

Erscheint täglich.

Proletarier aller Länder, vereir

Vom Tage: Telegramme: Tschens No... Auslandsmächte schmeckt ihnen n... Die Nationalarmee schreitet siegr... vorwärts. — Der Kaufpreis des Verräters Tschankaischi beträgt 12 Millionen. — Das chinesische Proletariat ist empört über den Verrat Tschankaischis.

Vom 4. Rätekongreß: Rechenschaftsbericht des Volkskommissariats für Innere Angelegenheiten (Schluß).

Artikel: Etwas über die Preisermäßigung (Leitartikel). — Plan der Durchführung der Maifeier in der Wolgadeutschen Republik — Ueber das Dorfbudget und seine Quellen. — Die Jugend in die Militärschulen. — Meinungen und Vorschläge der Bauern — In den Konsum- und landw. Genossenschaften. — Die physikalischen Bodeneigenschaften (Schluß). — Aus der Himmelskunde.

16. Jahrgang. | Pokrowsk, Dienstag, den 19. April 1927. | Nr. 87.

Etwas über die Preisermäßigung.

Die Ermäßigung der Verkaufspreise ist gegenwärtig eine der wichtigsten Aufgaben der Partei, der Sowetregierung und vor allen Dingen der Handelsorganisationen selbst. In der letzten Zeit haben wir im großen und ganzen eine kleine Preisermäßigung zu vermerken, so daß sich der allgemeine Warenindex im Monat Februar um ein geringes gesenkt hat. Es ist zwar noch nicht viel, aber ein Umschwung ist es immerhin.

Bei dem großen Warenhunger der letzten drei Jahre wurde die wichtige Frage der Her- und Zustellung guter und billiger Waren sehr häufig außer acht gelassen. Die Kalkulation der Herstellung haben wir in den letzten Jahren so ziemlich gut studiert, obgleich wir nicht immer die nötigen Maßnahmen zur Verringerung der Selbstkostenpreise treffen konnten, da die hohen Herstellungskosten oft von der veralteten und zerrütteten Einrichtung abhängen. Aber auch in dieser Beziehung haben wir noch viele solche Mängel zu verzeichnen, die abgestellt werden könnten. Nehmen wir nur z. B. die Fertigstellung des Flachses, die nicht nur die Vorkriegsnormen, sondern auch die vom Rat der Arbeit und Verteidigung festgestellten Normen um beinahe 43½ Kop. für das Pud überschreitet. Aber hier steht es so, daß wir sofort erfahren, woran es hängt, und Mittel anwenden können, um die Lage zu verbessern. Gen. Kuibyschew hat soeben ein Rundschreiben an alle Volkswirtschaftsräte und an alle großen Trusts gerichtet, in dem er auf die Gefahr der Erhöhung der Selbstkostenpreise hinweist.

Anders steht es in der Frage der Kalkulation im Handelsapparat. Diese Frage ist noch schlecht untersucht. Wir haben schon des öfteren darauf hingewiesen, daß wir eine große Anzahl unnötiger Zwischenapparate im Handel haben, die die Waren mit ihren oft nicht geringen Aufschlägen verteuern. Es wurde eine ernste Arbeit geleistet, um eine möglichst große Menge dieser Zwischenorganisationen zu entdecken und auszuscheiden. Hierher gehört z. B. der Kampf gegen die große Menge der Vertretungen verschiedener Organisationen in den größeren Zentren, die, meist überflüssig, große Summen Staatsgelder verschlangen. Der Kampf muß in dieser Richtung weitergeführt werden, um auch die überflüssigen selbständigen Handelsorganisationen aufzufinden und auszuscheiden.

Der Kampf muß aber auch in einer andern Richtung geführt werden. Es stellt sich heraus, daß die Waren oft große Strecken unnötigen Weges machen müssen, da diese Zwischenorganisationen sehr streng auf ihrem Recht bestehen, die ihnen unterstehenden Organisationen mit Waren zu versorgen.

Ueberhaupt gibt es in der Frage der Handelskalkulation noch kein allgemeines System. Die Höhe der Aufschläge kann in verschiedenen Handelsorganisationen in Abhängigkeit von der besseren oder schlechteren Gestaltung des Handelsapparats ganz verschieden sein.

Die Bauern haben in ihren wiederholten Briefen an die Redaktion vollkommen recht, wenn sie immer nachdrücklicher darauf hinweisen, daß der Apparat in den verschiedenen Handelsorganisationen bei weitem noch nicht rationell genug gestellt ist. Es steht uns noch eine außerordentlich große Aufgabe bevor, um die Handelsapparate so zu gestalten, damit sie billig arbeiten und, was die Hauptaufgabe bleibt, die an sie gestellten Aufgaben schnell und richtig lösen.

Aber auch in manchen Dorfgenossenschaften stehen diese Aufgaben noch in ihrem vollen Umfange zur Erledigung. Noch in manchen Genossenschaften wird eine falsche Auswahl getroffen, sehr teuer und mit hohen Aufschlägen angekauft. Die Verbesserung des Handelsapparats ist für uns in den Sowetrepubliken eine sehr schwere Frage, da wir in dieser Frage die alten Erfahrungen in nur geringem Maße ausnutzen können. Alle unsere heutigen Sowethändler sind Händler, die sich erst seit der Oktoberrevolution diesem Geschäft widmen. Also ist es klar, daß sie in ihrer Arbeit eine Menge Fehler machen müssen, ehe sie erst mal die Erfahrungen erwerben, mit denen sie ihre Arbeit hätten beginnen müssen. Aber die gesellschaftliche Kontrolle der Arbeiter und Bauern kann in allen Fällen, in allen Handelsapparaten und Organisationen viele solcher Erfahrungen ersetzen. Wenn sich jeder Arbeiter und jeder Bauer zur Aufgabe stellt, die von ihm bemerkten Mängel und Mißstände an den rechten Mann zu bringen, so kann in der Frage der Preisermäßigung bald viel erreicht werden. Jeder muß an der Arbeit teilnehmen, deren Früchte dann auch allen zugute kommen.

Tschens Note an die Mächte.

Seine Antwort befriedigt die Ausländer nicht.

Die Nationalarmee dringt weiter vor. — Die Arbeiterverfolgung wird von der chinesischen Bourgeoisie „kreditiert". — Massenkundgebungen gegen Tschangkaischis Verrat.

Gleichlautende Antwort Tschens an die Mächte.

Aus London wird mitgeteilt, daß die Vertreter der Mächte in Peking die Antwort der Nationalregierung auf die Noten der Mächte über die Nankinger Ereignisse für sehr unbefriedigend anerkannt und bei ihren Regierungen angefragt haben, welche Maßnahmen zu ergreifen sind, um eine Erfüllung der Forderungen zu erlangen, die die Auslandsmächte an die Nationalregierung gestellt haben.

Ein Korrespondent der amerikanischen Telepraphenagentur teilt mit, die Antworten der Nationalregierung an die fünf Auslandsmächte seien durchaus gleichlautend. Der Unterschied bestehe nur darin, daß in den Noten an die Vereinigten Staaten und an England von der Beschießung Nankings, in der Note an Frankreich aber von der Beschießung des Kantoner Ausländerviertels Schamin die Rede sei.

Die Schanghaier Zeitungen veröffentlichen nur die Antwortnote Eugen Tschens an die Vereinigten Staaten, die übrigen Noten aber werden mit Stillschweigen umgangen. In ihren Erläuterungen zu dem Notenwechsel drücken die Zeitungen die Meinung aus, Tschen beabsichtigte mit seinen einzelnen Antworten auf die Forderungen der Mächte, die Einheitsfront der letzteren zu brechen. Am 16. April fand eine Beratung der Schanghaier Konsuln statt, in der beschlossen wurde, die übrigen Noten Tschens nicht vor dem Erhalt von Instruktionen aus Peking zu veröffentlichen. Der britische Konsul soll die Antwortnoten Tschens als „Propagandaakt" bezeichnet haben.

Die englische Zeitung „Times" schreibt: „Durch verschiedene Ausreden hat Tschen sich von der Erfüllung aller an ihn gerichteten Forderungen gedrückt. Die schwere Verantwortung für die Gewaltanwendung in Nanking bleibt in Kraft, und Tschen und seine Regierung werden diese Verantwortung auf sich nehmen müssen. „Daily Telegraph" erklärt, Tschens Protest gegen die Beschießung Nankings sei das „Höchstmaß von Heuchelei und Lügenhaftigkeit".

Neue Erfolge der Nationalarmee.

Wie chinesische Zeitungen berichten, haben die Südarmeen Pengpu und Sutschou (in der Provinz Anhoi) besetzt und Jantschou und Pukou zurückerobert (Pukou war augenscheinlich auch von den Nordarmeen besetzt gewesen). Die Zahl der Gefangenen erreicht 30.000. Unter diesen befinden sich auch 1000 russische Weißgardisten, die man nach Nanking gebracht hat. Außerdem wurden einige Panzerzüge der Schantungarmee erbeutet. Die Nordmilitaristen haben ihre Kräfte bei Sjutschou (nördlich von Kiangsu), das dem Angriff der Südarmee direkt ausgesetzt ist, konzentriert. Tschangtsuntschan wird nach Tientsien gehen und das Kommando Tschufupu übergeben. Die Provinz Anchoi ist von den Nordarmeen gesäubert. Die Truppen Suntschuanfangs ziehen sich ebenfalls in nördlicher Richtung von Jantschou zurück.

Die Schanghaier Presse bestätigt die Nachrichten über die neuen Siege der Südarmee im Rayon von Pukou und Pengpu. Gleichzeitig aber behaupten die Zeitungen, die Nordarmeen seien im raschen Vormarsch nach dem Süden begriffen, befänden sich in der Provinz Henan und hätten bereits Sinjang (an der Peking—Hankau-Bahn) besetzt. Diese Mitteilungen werden aber in chinesischen Kreisen als durchaus unbegründete Propagandagerüchte angesehen.

Nordmilitaristen greifen ausländische Schiffe an.

Im unteren Lauf des Yangtseflusses haben einige Zusammenstöße zwischen nordmilitaristischen Truppen und ausländischen Kriegsschiffen stattgefunden. Einige englische und amerikanische Kriegsschiffe, die vom linken Flußufer aus mit Maschinengewehren beschossen wurden, antworteten mit Geschützfeuer und zwangen den Gegner zur Einstellung des Feuers.

Arbeiterverfolgung in ganz Südostchina.

Die ausländische Presse schreibt viel über die Kommunisten- und Arbeiterverfolgung in ganz Südostchina durch die Kriegsmächte. In Wusu drang Militär in den Gewerkschaftsrat ein und verhaftete eine Menge Arbeiter. Einige Arbeiterführer, die an den kürzlich stattgehabten Unruhen in den japanischen Textilfabriken beteiligt waren, sollen bereits hingerichtet sein. Aus Hongkong wird gemeldet, am Freitag seien in Kanton einige kommunistische Arbeiterpiketts umringt worden, wobei es zu einem bedeutenden Kampf gekommen sei. Die Roten hätten dabei gegen 100 Mann verloren. Außerdem seien die zentralen Gewerkschaftsorganisationen in Kanton überfallen und dabei eine Menge Verhaftungen vorgenommen worden.

Wie die japanische Telegraphenagentur aus Swatou (Provinz Guantung) mitteilt, hat die örtliche Militärbesatzung auf Befehl Tschangkaischis alle professionellen Verbände demoliert. Der Vorsitzende des Gewerkschaftsrates und 10 angesehene Kommunisten wurden verhaftet. Während der Ueberfälle wurden einige Menschen getötet und verwundet.

Der Schanghaier Studentenverband ist auf Befehl der Behörden geschlossen worden. An Stelle des Verbandes hat man eine faschistische „Studentenföderation" gebildet, die aber die Interessen der Studentenschaft natürlich nicht vertritt.

Protestkundgebungen gegen die Arbeiterverfolgung.

In Schanghai haben Protestmeetings gegen die Handlungsweise Tschangkaischis stattgefunden. In den Resolutionen wird verlangt, daß Tschangkaischi für seinen Ungehorsam gegenüber der Nationalregierung und dem Vollzugskomitee der Kuomintang und für seine Verbindung mit den Feinden der Revolution abgesetzt werde. Außerdem wird Bestrafung aller an der Unterdrückung der Arbeiter- und Bauernorganisationen schuldigen Untergebenen Tschangkaischis verlangt.

Aus Schanghai wird gemeldet, daß in Hankau ein Proteststreik gegen die fortdauernde Demolierung der Schanghaier Arbeiterorganisationen ausgebrochen ist. An dem Streik beteiligen sich 90,000 Arbeiter.

Die Bourgeoisie gibt Geld zur Unterdrückung der Revolution.

Ein amerikanischer Korrespondent berichtet aus Schanghai, die chinesischen Bank- und Kaufleute hätten Tschangkaischi kurz vor den letzten Ereignissen eine Anleihe von 15 Millionen Schanghaier Dollars „zur Unterdrückung der Kommunisten und Arbeiter" bewilligt. Die erste Auszahlung von 3 Millionen Dollars sei sofort erfolgt. Bald darauf überführte Tschangkaischi seine Truppen nach Nanking und überließ Schanghai der militärischen Macht Tschoufengtschis, der die letzten Ueberfälle auf die Arbeiterorganisationen veranlaßte.

Einstellung des Streiks in Schanghai.

Die Grundmasse der Schanghaier Arbeiterschaft hat die Arbeit wieder aufgenommen. Doch streiken immer noch gegen 70,000 Arbeiter (hauptsächlich von den Baumwollfabriken). Man ist der Meinung, daß die Mehrzahl dieser Arbeiter demnächst die Arbeit aufnehmen wird. Die Matrosen bestehen auf der Befriedigung einiger ihrer Forderungen, und eine Weiterdauer des Matrosenstreiks auf ökonomischer Grundlage ist nicht ausgeschlossen.

„Aufhebung" der Sowetkonsulats-„Bewachung".

Die Freiwilligenpatrouillen, die bei dem Sowetkonsulat in Schanghai aufgestellt waren, sind nun weggeführt. Doch „überwachen" Polizisten und einige Weißgardisten immer noch alle Eingänge zum Konsulat.

Die Kastanien können von anderen aus dem Feuer geholt werden.

Ein den offiziellen Kreisen in Hankau nahestehender Engländer antwortete auf die Frage, ob eine direkte Einmischung Englands in die chinesischen Angelegenheiten zu erwarten sei, folgendes: „Eine direkte Einmischung ist nicht notwendig. Es ist vorzuziehen, die bewaffneten Kräfte Tschangtsolins regulär zu besolden und ihm selbst englische Ratgeber zur Seite zu stellen. Man könnte wohl die Truppen Tschangtsolins zur baldigen Besetzung Hankaus ermuntern, wenn man ihnen die Möglichkeit sichern würde, die Stadt drei Tage lang ungestört zu plündern. Doch schließt dieser Plan eine direkte Einmischung in den Bürgerkrieg nicht aus."

Letzte Nachrichten aus China.

● Die türkische Zeitung „Republik" schreibt anläßlich der letzten Ereignisse in China: „England ist zweifelsohne sehr zufrieden mit dem Ueberfall auf die sowetrussische Botschaft in Peking und mit den Zwistigkeiten im Lager der Kantonesen." Ueber die Note der Sowetregierung an Penking äußert die Zeitung: „Man kann nicht umhin, das weise Verhalten der Sowetregierung hervorzuheben, obgleich schwer zu sagen ist, womit der Konflikt mit Tschangtsolin enden wird."

● Aus Schanghai wird gedrahtet, daß ein amerikanischer Kreuzer und ein Minenboot nach Hankau abgegangen sind. Der amerikanische Konsul in Hankau habe die amerikanischen Bürger in Kenntnis gesetzt, daß die Regierung der Vereinigten Staaten nur dem amerikanischen Konsulat in Hankau Schutz erweisen könne.

● Da über Nanking der Kriegszustand verhängt ist, so wurde allen ausländischen Schiffen vorgeschlagen, halt zu machen. Auf ein amerikanisches Kanonenboot, das sich dieser Verordnung nicht fügen wollte, wurden vom Ufer aus zwei Kanonenschüsse abgefeuert, die das Boot aber nicht trafen. Zur Antwort darauf feuerte das Kanonenboot vier Schüsse auf Nanking und zwei auf Pukou ab. In Nanking sollen zwei Menschen getroffen sein. Aus Pukou liegen noch keine Meldungen vor.

◆ Die englische Telegraphenagentur berichtet, daß die Bauernverbände in der Provinz Hunan von den Ländereien der Gutsbesitzer Besitz ergreifen und sie unter sich verteilen. In manchen Fällen schrecken sie auch nicht vor der Ermordung der Gutsbesitzer zurück.

● Der englische Vize-Admiral in Hankau hat den Japanern Unterstützung durch englische Kriegsschiffe angeboten, falls diese Unterstützung benötigt werden sollte. In Hankau befinden sich augenblicklich 36 ausländische Schiffe, darunter 13 japanische, 11 englische, 7 amerikanische, 3 französische und 2 italienische.

● Der Vorstoß der rechtsorientierten Kuomintangleute gegen die kommunistische Arbeiterbewegung verbreitet sich über das ganze südöstliche China. In Hantschau (Hauptstadt der Provinz Tschekiang) sind alle Gewerkschaftsverbände gesprengt und über hundert Gewerkschaftsarbeiter verhaftet. Durch einen besonderen Erlaß werden die Streiks verboten.

● Der amerikanische Handelsminister trat in der letzten Regierungskabinettssitzung scharf gegen den Außenminister auf, weil dieser in der Chinafrage mit England geht. Der Minister verlangte, daß die Vereinigten Staaten eine selbständige Politik in China führen, damit ihnen in China für die Zukunft kommerzielle Vorzüge gegen die Engländer gesichert werden.

◆ Im Zusammenhang mit den letzten Ereignissen wird in einigen Teilen der Nationalarmee der Kommandobestand gewechselt.

◆ Die Engländer pachten die Theater im Schanghaier Ausländerviertel auf die Dauer eines Jahres als Kasernen für ihre Truppen.

Plan der Durchführung der Maifeier in der Wolgadeutschen Republik.

1. Im Verlauf einer Woche vor dem ersten Mai werden in den verschiedenen Organisationen und mit der Bauernschaft in den Kantonzentren Versammlungen veranstaltet, in denen Berichte über das Thema: „Der 1. Mai und die internationale Solidarität" erstattet werden.

2. Am 1. Mai werden in den Kantonzentren Demonstrationen durchgeführt, an denen sich die Mitglieder der Gewerkschaften, die Bauernschaft, die Jugend, Pioniere und Schüler beteiligen.

3. Am Abend des 1. Mai werden in den Klubs und Lesehallen Abende, die dem 1. Mai gewidmet sind, durchgeführt.

4. Am Nachmittag des 1. Mai werden in den Kantonzentren Körperkulturvorführungen veranstaltet.

5. Am 29. und 30. April, werden dort, wo es möglich ist, in den Schulen 1. und 2. Stufe literarische Veranstaltungen am Morgen, die dem 1. Mai gewidmet sind, durchgeführt.

6. In den Dörfern werden nach Gutachten der Kantonkommissionen am 1. Mai entweder Demonstrationen oder Versammlungen der Bauern durchgeführt.

7. Die Kantonkommissionen arbeiten die Frage über Absendung von Vertretern in die Dörfer aus.

8. Zur Leitung der Arbeit betreffs Vorbereitung der Maifeier in den Kantonen werden Kommissionen aus Vertretern der Kant.-Komitees der Komm. Partei, der Kant.-Kom. des Jugendverbandes, der Gewerkschaften, der Abteilungen für politische Aufklärung und der Frauenabteilungen gebildet.

Agitprop-Abteilung beim
Geb. Kom. der KP(B)SU.
15. April 1927.

In letzter Zeit werden der Redaktion sehr viele unfrankierte Briefe zugesandt. Die Redaktion muß diese Briefe auf der Post auskaufen und dafür die doppelten Postgebühren zahlen. — Da dies für die Redaktion mit großen Ausgaben verbunden ist, macht sie alle Korrespondenten darauf aufmerksam, daß unfrankierte Briefe nicht mehr ausgekauft werden.

Die Redaktion.

Der vierte Rätekongreß der Republik der Wolgadeutschen

Rechenschaftsbericht über die Tätigkeit des Volkskommissariats für Innere Angelegenheiten der ASRR der Wolgadeutschen. — Berichterstatter Gen. P. Fink.

(Schluß.)

4. Die Kommunalwirtschaft

Genossen, ihr wißt, daß wir bereits beim Marxstädter Gebietsvollzugskomitee eine selbständige Abteilung für Kommunalwirtschaft hatten. Dieser Abteilung wurden schon damals sehr große Aufgaben gestellt, die sie aber nicht lösen konnte, weil sie fast ausschließlich mit dem Aufsuchen und Verteilen von Büroräumen und Wohnungen für die Arbeiter und Angestellten beschäftigt war. Nach der Verlegung des Gebietszentrums aus Marxstadt nach Pokrowsk wurden die Stadt- und die Gebietsabteilung für Kommunalwirtschaft verschmolzen. Dieser gemischte Apparat schenkte vor allem der Stadt seine Aufmerksamkeit, was zur Folge hatte, daß wir lange Zeit nicht wußten, was uns in den einzelnen Ortschaften der Republik gehört, über welches Vermögen wir verfügen. Auch fehlte von seiten unserer Organe für Kommunalwirtschaft an Ort und Stelle jegliche Leitung. Erst in der letzten Zeit konnten alle notwendigen Daten gesammelt und die ganze Sache in Ordnung gebracht werden. Jetzt erst können wir mit Bestimmtheit sagen, was wir besitzen und was wir zu verwalten haben. In allem besitzen wir 2737 Gebäude, 1224 davon sind ehemalige Privathäuser, 1110 sind ehemalige Gemeindehäuser und 403 Handelsräume.

Wie verteilt sich nun die in Pokrowsk vorhandene Wohnungsfläche? 2600 Quadratmeter Wohnungsfläche sind von Kanzleien besetzt; 18 400 Quadratmeter dienen direkt als Wohnungsfläche. Daraus ersehen wir, daß ein bedeutender Teil unserer Wohnungsfläche nicht nach ihrer Bestimmung ausgenützt wird. Das ist natürlich unnormal. In Balzer und Marxstadt ist es in dieser Hinsicht nicht besser. Wir benutzen unsere Wohnhäuser als Kanzleien und können dabei unsere Arbeiter nicht mit den nötigen Quartieren versorgen.

Unser örtliches Budget scheidet, wie bekannt, alljährlich eine bestimmte Summe zur Reparatur der alten Gebäude und zum Aufbau von neuen aus. Diese Summe ist viel zu gering, um die Wohnungsnot liquidieren zu können. Wir sind gezwungen, Kredite zu nehmen. Diese Kredite können wir von der Zentralen Kommunalbank bekommen, wenn wir ein klares Bild über den Zustand unserer Kommunalwirtschaft vorstellen. Wir müssen also vor allen Dingen eine Inventarisierung unserer Kommunalwirtschaft durchführen. Wir müssen gegenwärtig der Errichtung von Arbeiterwohnungen die größte Aufmerksamkeit schenken, denn die Wohnungsnot ist gerade unter der Arbeiterschaft sehr groß.

Auf unsere Wohnungskooperation können wir gegenwärtig noch kein großes Gewicht legen, da es bei dieser an den nötigen Mitteln fehlt. Ein Ausweg wäre vielleicht darin zu finden, wenn die gesellschaftlichen, kooperativen und wirtschaftlichen Organisationen ihre eigenen Gebäude aufbauen würden, wodurch eine ganze Reihe von Kommunalgebäuden frei würde, die dann zu Wohnungszwecken benutzt werden könnten. Außerdem müssen wir noch die Frage über den Aufbau eines Regierungsgebäudes aufwerfen. Viele Gebäude sind von den verschiedenen Volkskommissariaten besetzt. Wenn wir ein Regierungsgebäude errichten könnten, in dem alle diese Kommissariate untergebracht würden, dann würde die Wohnungskrisis mindestens um 80 Proz. liquidiert. Das ungefähr ist die Politik unserer Kommunalwirtschaft.

Nun einige Worte über unsere Ambare, die wir in Pokrowsk, in Marxstadt und einigen Dörfern besitzen. Wir hatten eine Kommissien gebildet, die die Ambare mit der Berechnung abzuschätzen hatte, daß genügend Fassungsraum für die Getreidemenge, die auf den Markt kommt, übrigbliebe. Wir benötigen beispielsweise für Pokrowsk Ambare für 3 Millionen Pud Getreide; diese sind nun vollständig hergestellt und entsprechen ihrem Zweck. Die übrigen Ambare haben wir realisiert. Somit befindet sich unsere Ambarwirtschaft in mehr oder weniger gutem Zustande.

Die Feuerwehr.

Die Feuerwehr befindet sich in einem kläglichen Zustand. Hier wurde bis jetzt noch sehr wenig getan.

Im Jahre 1924 hatten wir in unserer Republik 52 Feuersbrünste, im Jahre 1925 — 28 und im Jahre 1926 — 16. Der Schaden beläuft sich im Jahre 1924 auf 21 960 Rubel, im Jahre 1925 auf 27 258 Rubel, im Jahre 1926 auf 2410 Rubel. Dieser Sache müssen wir größere Aufmerksamkeit schenken. Wir haben bis jetzt noch Dörfer, die von den Nachbardörfern bedient werden; wenn bei ihnen ein Feuer ausbricht, so müssen sie warten, bis die Feuerwehr aus dem nächsten Dorf ankommt. Das ist unzulässig. Vor dem Kriege hatten wir kein einziges Dorf, in dem nicht wenigstens eine oder zwei Feuerspritzen vorhanden waren, gegenwärtig aber haben wir fast nichts mehr. Ich glaube, wir müssen die Frage so stellen: in den nächsten fünf Jahren muß eine Summe angehäuft werden, für die unsere Feuerwehr auf die Höhe gebracht werden kann. Unsererseits wurden bereits die nötigen Schritte getan.

Unsere Bauarbeiten.

Ich verfüge nur über Angaben aus Pokrowsk. In Pokrowsk wurde eine ganz gewaltige Arbeit geleistet. Im Jahre 1925 wurden zu Bauarbeiten 163,029 Rbl. verausgabt, im Jahre 1926 — 219,398 Rbl. Die Verausgabung dieser großen Summe wurde durch die Ueberschwemmung des vergangenen Jahres hervorgerufen, da eine ganze Reihe unserer Kommunalgebäude beschädigt worden war. Aber es muß gesagt werden, daß unsere Bauarbeit nicht normal verläuft, da gewöhnlich die nötigen Mittel dazu nicht rechtzeitig abgelassen werden, um die erforderlichen Materialien anzukaufen. Gewöhnlich fangen wir nicht im Mai, sondern erst im August zu bauen an, was natürlich die ganzen Bauarbeiten verteuert. Im vergangenen Jahre bekamen wir nur 40,000 Rbl. aus der Kommunalbank, die übrige Summe mußten wir aus unseren örtlichen Mitteln zustoßen.

Was die Bauarbeiten an Ort und Stelle anbelangt, so kann sie da nicht normal verlaufen, weil nicht einmal die erforderlichen Techniker vorhanden sind. Ich bestehe darauf, daß im Jahre 1927/28 die nötige Anzahl von Technikern in den Kantonapparaten vorgesehen werden. Wenn wir unsere Schulen, Krankenhäuser usw. in Betracht ziehen, so unterliegt es keinem Zweifel, daß diese Techniker in den Kantonen hinlänglich zu tun haben werden.

Der Wegebau.

Der Wegebau sollte den Vorschriften zufolge sich eigentlich in den Händen der Kommunalwirtschaft befinden, unser Volkskommissarenrat fand jedoch für notwendig, den Wegebau dem Volkskommissariat für Landwirtschaft zu übergeben, da wir dort das entsprechende technische Personal hätten. Diese Maßnahme war um so zweckentsprechender, da uns bisher nur sehr geringe Mittel zur Verfügung standen und der Unterhalt eines speziellen Apparats uns zu teuer gekommen wäre.

Die kommunalen Unternehmen.

Wir besitzen noch solche kommunale Unternehmen, die auf Selbstkostenrechnung stehen. Diese kommunalen Unternehmen brachten uns im Jahre 1924 Defizit, im Jahre 1925 kamen wir so mit heiler Haut davon, und im Jahre 1926 brachten unsere kommunalen Wirtschaften in Pokrowsk einen Reingewinn von 5000 Rbl. Es fragt sich nun: werden unsere kommunalen Unternehmen auch in Zukunft gewinnbringend sein und wird dieser Gewinn weiterhin wachsen? Wenn wir den Zustand unserer gesamten Kommunalwirtschaft in Betracht ziehen, so müssen wir sagen, daß wir auf große Erfolge nicht rechnen können. Unsere elektrische Station ist alt, und die Maschinen sind abgenutzt, sie verschlingen ungeheurr viel Heizmaterial, unsere Badeanstalt befriedigt die Bevölkerung nicht. Wenn das Kommissariat für Gesundheitspflege streng vorgehen würde, so wären wir gezwungen, unsere Badeanstalt ganz zu schließen. Der Aufbau einer neuen Badeanstalt ist mit großen Ausgaben verbunden. Im vergangenen Jahre stellten wir einen Bauplan für eine neue Badenanstalt auf. Die Summe, die dazu erforderlich ist, beziffert sich auf 250,000 Rbl. Unsere elektrische Station ist überlastet, sie kann die gesamte Bevölkerung nicht bedienen. Wir sind also genötigt, eine neue elektrische Station zu bauen. Diese wird ungefähr 1,000,000 Rbl. kosten. Da wir aber diese Summe nicht aus dem örtlichen Budget bekommen, uns aber auch keine langfristigen Kredite in diesem Umfang gewährt werden, sind wir genötigt, den Bau einer elektrischen Station aufzugeben und uns von der Elektrozentrale, die in Saratow aufgebaut wird, bedienen zu lassen.

Nun einige Worte über die Saratow-Pokrowsker Ueberfahrt. Als wir diese im Jahre 1924 zusammen mit Saratow übernahmen, befand sie sich in einem sehr traurigen Zustand. Die Staatsschiffahrt kümmern sich nicht darum, denn sie wußte genau, daß die Ueberfahrten rein örtlicher Bedeutung den städtischen Wirtschaften übergeben werden. Für die mit den Ueberfahrten verbundenen Ausgaben hatte die Staatsschiffahrt keinen Sinn. Gegenwärtig haben wir die Ueberfahrt, soweit es eben möglich ist, wieder hergestellt. In diesem Jahre hat uns die Ueberfahrt 40,000 Rbl. Gewinn eingebracht. Diese Summe wird ausschließlich zur Wiederherstellung der Ueberfahrt verwendet werden.

Noch einige Worte über den Schiffsverkehr überhaupt. Wir wissen, daß die Staatsschiffahrt unsere Bevölkerung nicht in dem Umfange bedient, wie dies nötig wäre. Nehmen wir z. B. den Kanton Solotoje, wo der Gartenbau stark entwickelt ist. Hier spielt der Gartenbau in der Entwicklung der Wirtschaft eine sehr große Rolle, da aber der Schiffsverkehr unsere Republik so schwach bedient, kann aus dem Gartenbau nicht der Nutzen geschöpft werden, den er faktisch bringen könnte.

Wir sind der Ansicht, daß es zweckentsprechend wäre, wenn wir vor den Zentralorganen die Frage betreffs Uebergabe der Schiffahrt örtlicher Bedeutung an die örtlichen Vollzugskomitees aufwerfen würden. Auf diese Weise hätten wir die Möglichkeit, unsere Bevölkerung besser zu bedienen, alle Produkte der Bauernschaft könnten rechtzeitig auf den Markt gebracht und realisiert werden.

Das ist in kurzen Worten der Zustand unserer Kommunalwirtschaft. Ich glaube, daß wir in den nächsten Jahren diesem Wirtschaftszweig die allergrößte Aufmerksamkeit schenken müssen, um erstens rechtzeitig und akkurat unsere Bevölkerung durch unseren administrativen Apparat bedienen zu können, zweitens eine richtige Korrektionspolitik durchführen zu können, und um drittens unserem kommunalen Aufbau die nötige Aufmerksamkeit schenken zu können. (Beifall.)

Aus der Roten Armee.

Warum es noch neue Kriege geben wird.

Die Reiche, in welchen die Kapitalisten noch die Macht in der Hand haben, wollen immer neue Länder erobern, damit die Fabrikanten dort mit großem Gewinn ihre Waren verkaufen können, oder damit sie ihre ungeheuren Reichtümer zur Ausbeutung der Arbeiter in neuen Ländern verwenden können. Solange es kapitalistische Staaten gibt, wird es auch Krieg geben. Deswegen, weil die Kapitalisten immer neue Reiche erobern wollen, heißt man sie auch Imperialisten (auf Lateinisch bedeutet **Imperium** das Reich). Man kann also auch sagen, solange es imperialistische Staaten gibt, wird es auch Kriege geben.

Zwar sind die Kapitalisten aller Länder sich einig, daß man die Arbeiter und Bauern und die zurückgebliebenen Völker, wie zum Beispiel die Chinesen, unterdrücken und ausbeuten muß, aber welchen von den imperialistischen Staaten dabei der fette Bissen zufallen soll, darüber sind sie sich ganz und gar nicht einig. Diese Frage können sie so wenig friedlich miteinander regeln, wie zwei wilde Hunde die Frage, wem ein geraubter Knochen gehören soll. Da entscheidet der Krieg, und der Stärkere siegt. Darum rüsten alle kapitalistischen Staaten zum Krieg.

Heute stehen in den kapitalistischen Ländern mehr Soldaten unter Waffen als 1914. 1913 gaben die englischen Kapitalisten 900 Mill. Rubel für ihre Kriegsflotte aus, 1925 aber 2070 Millionen Rubel. Unsere Rote Armee aber zählt bloß 560 000 Mann, die alte zarische Armee zählte 1 200 000 Mann. Die wichtigsten imperialistischen Reiche sind: England, Frankreich, Italien, Amerika, Japan. Und seit jener Zeit sind viele fürchterliche neue Kriegsmittel erfunden worden. Es sind neue giftige Gase hergestellt, viele, viele Aeroplane erbaut worden, Unterseeboote und weittragende Kanonen. Die größten Gelehrten der bürgerlichen Staaten denken immer neue Zerstörungsmittel aus. Ja, die Kapitalisten bereiten ein neues Blutbad vor. Und sie rüsten sich nicht nur gegeneinander, sondern auch gegen uns.

Denn sie sehen, daß die Arbeiter und Bauern bei uns die Macht behalten, daß sie es verstehen, ohne die Gutsbesitzer und Kapitalisten ihr Leben einzurichten — und das gibt ein böses Beispiel für die Arbeiter und Bauern in ihren Reichen. Und dann wächst bei ihnen im Lande die Unzufriedenheit der Arbeiter und Bauern, wächst die kommunistische Partei, und sie wissen gut, daß, solange unser Sowetbund besteht, auch in den andern Ländern die Unterdrückten die Hoffnung nicht verlieren. Und die unterdrückten Völker, die Chinesen, Inder, Neger usw., werden auch unruhig und sprechen: „Wenn es die Russen verstanden haben, ihre Herren zum Teufel zu jagen, warum sollten wir es nicht auch fertig bringen?“ Mit einem Wort: Solange unser Sowetbund besteht, gibt es für die Kapitalisten kein ruhiges Leben, darum hassen sie uns und möchten uns, wenn sie nur könnten, in einen Krieg verwickeln und unterjochen. Darum müssen wir Arbeiter und Bauern des Sowetbundes, die den Krieg hassen und ihn nicht wollen, bereit sein, uns, wenn nötig, zu verteidigen, damit wir nicht in das alte Joch geraten. Darum muß unsere Rote Armee gut lernen und sich gut vorbereiten. Je stärker unsere Armee ist, umso mehr werden sich die Kapitalisten hüten, uns anzugreifen, umso sicherer wird unser arbeitendes Volk den Frieden genießen.

Die Jugend in die Militärschulen.

Wir haben 9 Jahre der Arbeit und des Kampfes der ersten proletarischen Armee der Welt hinter uns. Unter der Leitung unserer Partei gelang es, die zarischen Generale, den Hunger, die Armut zu besiegen. Wir bauen den Sozialismus in unserem Lande auf. Wir schreiten langsam, aber sicher vorwärts. In dieser gewaltigen Arbeit nimmt die Rote Arbeiter- und Bauernarmee den Ehrenplatz ein. Sie hat nicht nur die Konterrevolution besiegt, sie schützt nicht nur die friedliche Arbeit der Arbeiter und Bauern in unserem Lande, sie hat sich auch aktiv am Kampfe mit dem Hunger und der Zerrüttung beteiligt, und beteiligt sich heute zusammen mit allen Werktätigen unseres Sowetbundes am Aufbau des Sozialismus. Alljährlich verlassen Tausende von Rotarmisten unsere Reihen und gehen in das Dorf, politisch, kulturell und technisch zur Aufbauarbeit im Dorfe vorbereitet.

Die Rote Armee ist zur Verteidigung vorbereitet, sie lernt, um im nötigen Moment die Grenzen unserer Union zu verteidigen.

In dieser Arbeit und in diesem Kampf gehört die leitende Rolle dem politischen Kommandobestand. Der Kommandobestand ist der Nerv der Armee. Nach der Festigkeit, der sozialen Lage und nach dessen Ueberzeugungen beurteilt man die ganze Armee. Diese Kennzeichen bestimmen, zu welcher Klasse die betreffende Armee gehört. Unsere Armee ist, wie auch jede andere Armee, eine Klassenarmee. Wir bereiten in unseren Schulen Kommandeure aus der Mitte der Arbeiter und Bauern vor, in deren Hände sich in unserem Lande die Macht befindet. Unsere Kommandeure sind berufen, den Arbeiter- und Bauernstaat zu verteidigen. Die zarische Regierung hat die Kommandeure zur Verteidigung ihrer Klasse vorbereitet, zur Verteidigung der Interessen der Gutsbesitzer und Kapitalisten. Der Kommandobestand wurde zu allen Zeiten und wird auch heute noch aus der Klasse geworben, in deren Hände sich die Macht befindet.

Ueber das Dorfbudget und seine Quellen.

Wie gelungen die Wahl des Dorfrats auch ausgefallen sein mag, wie gewissenhaft auch alle seine Mitglieder arbeiten mögen, wir werden nur in dem Falle gute Ergebnisse seiner Arbeit erzielen, wenn zur Befriedigung der vor ihm stehenden kulturellen und wirtschaftlichen Aufgaben die nötigen Mittel vorhanden sind.

Ich will hier nicht weiter bei der Selbstbetätigung der Bevölkerung und der Hilfe verweilen, die die gesellschaftlichen Organisationen in dieser Hinsicht leisten, und möchte sagen, daß die Hauptquelle zur Befriedigung der obengenannten Nöte das Dorfbudget ist.

Die Frage, wie unser Dorfbudget aufgestellt wird, welches seine Einnahmequellen und inwieweit diese gesichert sind, hat eine besondere wichtige Bedeutung.

Wie bekannt, ist das Dorfbudget in allen unseren Dörfern eingeführt, wobei die allgemeine Summe in unserer ganzen Republik im letzten Jahr bedeutend gewachsen ist. Dieser Umstand spricht aber noch lange nicht dafür, daß unser Dorfbudget genügt, die wichtigsten Nöte zu befriedigen, und daß die Einkünfte auch für die Zukunft gesichert sind.

Wenn wir unser Dorfbudget aufmerksamer prüfen, dann sehen wir vor allem, daß es in einem Teil der Dörfer nicht einmal imstande ist, die unaufschiebbarsten Nöte zu decken; daß in vielen Dörfern ein Teil der nötigen Mittel durch die Steuer beigetrieben wird, deren Resultate und Umfang man aber gewöhnlich zu Anfang des Budgetjahres nicht kennt, was die planmäßige Arbeit des Dorfrats stört.

Was jedoch die laut Gesetz festgesetzten Einkünfte des Dorfrats anbelangt, so zerfallen diese in Einkünfte von den Ländereien, die die Landgemeinde in Pacht geben, und in Einkünfte von den Abzügen der einheitlichen landwirtschaftlichen Steuer.

Wenn die letzte dieser beiden Quellen in den meisten Fällen eine sichere und dabei die Hauptquelle ist, so reicht sie doch noch lange nicht zur Befriedigung der kulturellen und wirtschaftlichen Nöte des Dorfes. Wie aus nachfolgendem ersichtlichen, sind aber die Einkünfte von der Verpachtung der Ländereien keine sicheren Einnahmen und dürfen in einer Reihe von Fällen von Rechts wegen nicht in das Dorfbudget eingeschlossen werden.

Mit dem Wiederaufbau der Landwirtschaft verringern sich die Ländereien, die in Pacht gegeben werden, von Jahr zu Jahr, woraus folgt, daß die Einkünfte dieser Quelle sich auch verringern müssen. Es gibt aber noch einen anderen Umstand. Im Zusammenhang mit der Landeinrichtung zerfallen unsere Landgemeinden, die von ein und demselben Dorfrat bedient werden, in eine Reihe kleiner Gemeinden. Wenn früher das Territorium der Landgemeinde mit dem Territorium des Dorfrats zusammenfiel, so lag kein Grund vor, etwas dagegen einzuwenden, daß die Pachtgelder in das Budget des Dorfrats einliefen, weil die allgemeinen Nöte der Landgemeinde befriedigt wurden. Wenn aber der Dorfrat die Nöte einiger Landgemeinden bedient, ändert sich das Bild gänzlich.

Im letzten Falle werden augenscheinlich nur die ärmsten Gruppensiedlungen Ländereien in Pacht geben, die übrigen werden sie nach Möglichkeit selbst ausnützen.

Auf diese Weise stellt sich heraus, daß in der Regel nur die armen Landgemeinden die Mittel, die in das Dorfbudget einlaufen für die Verpachtung von Ländereien, liefern werden, wobei diese aber später auch zur Befriedigung der Nöte der wohlhabenden Gruppen verwendet werden.

Wenn wir zwecks Entwicklung der Selbstbetätigung der breiten Schichten der Bauernschaft und ihrer Hereinziehung in den staatlichen Aufbau die Existenz des Dorfbudgets als notwendig anerkennen, müssen wir auch dauerhafte und ausreichende Einnahmequellen für es suchen.

Wir meinen, daß das Dorfbudget ohne Hilfsquellen nicht existieren kann und daß gerade die Quelle dieser notwendigen Mittel vom Gesetz festgesetzt werden muß. Die frühere Bestimmung, laut der der Dorfrat auf alle möglichen Arten diese unzureichenden Mittel suchen mußte, muß abgeändert werden.

Die Beseitigung dieses Mangels wird zur planmäßigen Arbeit der Dorfräte und zur vollkommenen Bedienung der Interessen der Bevölkerung beitragen.

Hefele.

Meinungen und Vorschläge der Bauern.

Ueber die Rätewahlen.

In Nr. 81 wurden verschiedene Meinungen über die Umwahl der Dorfräte geäußert. Ich bin mit Genossen Reichel einverstanden. Wenn wir die Räte alle drei Jahre umwählen, so halten wir das Sparsamkeitsregime ein. Die Umwahlen sind mit Ausgaben verbunden. Durch die 3-jährige Umwahl bekommen wir einen guten Dorfrat. In den Dorfrat werden immer schädliche Elemente gewählt, denn die Bevölkerung verhält sich noch sehr passiv zu den Umwahlen. Bei einem 3-jährigen Wahlsystem werden aber nur gute Frauen und Männer in den Dorfrat kommen, denn die schädlichen Elemente können durch Kandidaten ersetzt werden und Kandidaten können immer nachgewählt werden.

Genosse Weizel meint, den Dorfräten müßten mehr Rechte gegeben werden. Wir haben ein Gericht, welches für jedes Verbrechen straft. Wenn dem Vorsitzenden das Recht gegeben wird, die Bürger zu strafen, so kommen wir wieder zur zarischen Ordnung zurück. Der Vorsitzende des Dorfrats würde wieder seinen „Snak" anhängen und strafen, wen er will. Wir leben in einem Sowetstaat, wo das Volk frei ist, und wir verdanken der Oktoberrevolution, daß sie uns von den Strafen befreit hat.

S. Reichenborn.

Rechte und Pflichten der Dorfratsmitglieder.

Genosse Reichel meint in seinem Artikel („Nachrichten" Nr. 81), daß die Umwahlen jedes Jahr 2—3 Monate lang währen und die Vorbereitung derselben eine große Summe Geld beansprucht. Genosse Reichel meint, daß sich die Dorfratsmitglieder in dieser Zeitperiode zu ihrer Arbeit ganz kalt verhalten würden. Was im Anfang des Artikels betont wird, ist nicht zu verneinen. Wir dürfen es aber mit diesen Geldausgaben nicht so genau nehmen, weil es eine Arbeit für unsere Arbeiter und Bauern ist. Die Leute, die ins Dorf geschickt werden, dürfen natürlich nicht so reichlich bezahlt werden, in dieser Hinsicht müssen wir an unser Sparsamkeitsregime denken. Unseren armen Bauern und Batraken muß immer die größte Aufmerksamkeit geschenkt werden.

Gegen die zweite Meinung möchte ich einwenden. Er sagt nämlich, daß sich die Mitglieder des Dorfrats in der letzten Zeitperiode für ihre Arbeit wenig interessieren. Ich meine, daß die Dorfratsmitglieder, die schon nicht mehr hoffen, wiedergewählt zu werden, dem Sowetstaat auch nicht beistehen. Gewöhnlich sind aber alle Dorfratsmitglieder bestrebt, ihre Arbeit am letzten Tage noch einmal gut zu leisten.

Ch. Emanuel sagte in seinem Artikel, die Vorsitzenden des Dorfrats hätten zu viel Pflichten und zu wenig Rechte. Ich bin anderer Meinung. Ein Dorfratsvorsitzender soll sogar aus dem Grunde abgedankt haben, weil er viel Rechte hatte. Ich meine, diesen dürften darum nicht mehr Rechte gegeben werden, weil wir noch zu viel Genossen unter der breiten Masse haben, die dem Interesse der Kulaken beistehen. Also dadurch würden wir, meiner Ansicht nach, ein Joch für unsere armen Bauern und Batraken schaffen. Für das Hulliganentum haben wir ein Gericht. Wenn unsere gesamten Dorfratsmitglieder so bewußt sein werden, daß sie nicht mehr nach den Armen, sondern nach dem, der die Armen fängt, fangen werden, dann müssen auch die Rechte dieser erweitert werden. Wenn der Vorsitzende auch oft vor Gericht geladen wird, als Zeuge usw., so kann hier von der Vernachlässigung seiner Arbeit gar keine Rede sein.

Der Bürokratismus im Gericht ist nicht so groß, wie in vielen andren Anstalten.

Alexander Horn.

Bekanntmachung.

Das Gebietskomitee der KP(B)SU bringt zur Kenntnis, daß am Mittwoch, den 20. April um 6 Uhr abends im Gebäude des Gebietskomitees eine Beratung der Büros der Sowetzellen mit Beteiligung der Fraktionen der Verbandsverwaltungen und der Parteileiter der zentralen Sowet-, wirtschaftlichen und kooperativen Organe stattfindet.

Tagesordnung: 1. Berichte der Zellen bein Kommissariat für Volksaufklärung und beim Volkskommissariat für Justizwesen, Beibericht des Instruktors des Gebietskomitees der KP.

2. Rationalisierung des Sowetapparats und die Aufgaben der Sowetzellen.

Gebietskomitee der KP(B)SU.

Verschiedene Mitteilungen.

Geschickte Arbeiter.

In dem Dorfe Kraft arbeitete den Winter hindurch der Färber Emanuel Idt mit seinem Gesellen Fr. Schmidt aus Neu-Schilling. Als sie noch in Unterdorf arbeiteten, nahmen sie verschiedene Kleidungsstücke von der Bevölkerung zum Färben an.

Bei seinem Ueberzug räumte er viele Sachen der hiesigen Bauern, die er zum Färben angenommen hatte, mit sich fort. Auch die armen Witwen verschonte er nicht.

Das war aber noch nicht alles. Er borgte bei den Bürgern des Dorfes Kraft Joh. Haffner und Reichert je ein Pferd für 300 und 295 Rubel. Dasselbe wiederholte er auch mit dem Rosenberger Bürger Kisselmann. Idt hielt sich einige Tage in dem Russendorf Dworjanka auf, wo man ihn mit Russen dieses Dorfes in betrunkenem Zustande gesehen haben will.

Ein Pferd ist bei seinem Gesellen Schmidt in Neu-Schilling, der es aber nicht herausgibt. Die Kamenkaer Administrativabteilung müßte die Sache mal untersuchen, damit die Leute zu ihren Sachen und Pferden kämen.

Durchreisender.

Schaut mal nach!

Neu-Weimar, Kanton Pallasowka. Als im Mai 1926 das Kinderheim zu Neu-Weimar abgebaut wurde, kamen zwei Kinder krankheitshalber nach Blumenfeld ins Krankenhaus, während die anderen an verschiedene Bauernfamilien vergeben wurden. Nachdem diese beiden Kinder kuriert waren, fragte das Krankenhaus im Kantonzentrum an, wohin es die Kinder bringen solle. Die Antwort von dort lautete: „Bringt die Kinder bei Privatfamilien unter, das Kantonzentrum wird 10 Rubel monatlich bezahlen."

Nach langem Hin und Her kamen die Kinder in die Hände einer Witwe. Für einen Monat erhielt die Frau ihr Geld. Aber dann — keinen Groschen mehr. Sie fragte schon bei allen Organisationen des Dorfes an, wo sie das versprochene Geld bekommen müsse. Doch bis heute ist die Sache nicht aufgeklärt. So wird gewirtschaftet. Ist das nicht ein Jammer?

Sollte das Kantonvollzugskomitee kein Loch da hineinbringen?

Das Leben in Philippsfeld.

Philippsfeld (Kanton Marxstadt). Die Umwahlen der Verwaltung der landwirtschaftlichen Genossenschaft wurde zwar schon im Januar durchgeführt, aber die alte Verwaltung hat noch keine Abrechnung abgelegt. Wäre es nicht schon an der Zeit?

Der neue Stellvertretende des Vorsitzenden Seb. Held entpuppt sich als sehr schädliches Element. Die Dorfkommission hatte ihm das Stimmrecht genommen, und als er wieder hergestellt wurde, fand sich niemand, der dem schönen Mann den Schnurbart abgeschnitten hätte. Held wurde gewählt, und nun bespricht er alle Maßnahmen des Dorfrats mit seinen Kulakenfreunden und steht an der Spitze der Hetzarbeit gegen den neuen Dorfrat.

Der Konsumverein handelt nun schon wieder einige Monate. Nach der guten Lehre im vorigen Jahr dürften es die Verwaltung und die Bevölkerung nicht mehr zulassen, daß die Bude noch mals „pitschiert" wird.

Sehr zufrieden ist man hier damit, daß dem Tabakspezen Metzger endlich die Pferde des Nemprom, die er schon als seine eigenen ansah, genommen wurden.

Ein Zufriedener.

Ungerechtigkeit.

Frank. Die Dörfer Frank und Franker Chutor hatten früher ihren Wald zusammen, ebenso auch die Mühle. In alter Zeit wurde der Wald gewöhnlich gemeinschaftlich gehackt, so daß es häufig vorkam, daß in einem Zehner Bürger aus beiden Dörfern vertreten waren. Erst seit kurzem hat man das Dorf Franker Chutor vom Anteil an Wald und Mühle ausgeschlossen. Die Franker Bürger handeln nicht als revolutionäre bewußte Bürger, sondern als Zöglinge des alten zarischen Regims. Die Bürger Steph. Heinrichs Stammillerschretche und dr Kaspars Heinrich beweisen zwar, daß die Franker Chuterer keinen Anteil an Wald und Mühle hatten, sie nehmen aber zu viel auf ihr Gewissen. Die Leute, die die Mühle gebaut haben, müßten ja noch zu finden sein; also wäre die Frage leicht zu klären. Den Franker Chutorern muß ihr Recht werden.

Dorfkorrespondent Konrad Hof.

Hackt dem Mann den Daumen ab.

Rosental, Kanton Krasny-Kut. Die bäuerliche Gesellschaft für gegenseitige Hilfe sammelte in diesem Jahr die Mitgliedsbeiträge zu 5 Kopeken vom Steuerrubel. Beklagte sich ein armer Bauer, daß es ihm zu schwer falle, die Mitgliedsbeiträge zu zahlen, so wurde der Sekretär Hänsch, ein ehemaliger Händler und Kulak, ganz außer sich und schrie: Die Zeit ist rum, da ihr aus dem Freßkomitee nur bekamt, jetzt heißt es auch zahlen. Wer nicht zahlen will, soll es nur sagen. Das Gericht wird ihn schon zum Zahlen anhalten! Dabei zeigte er den Leuten oft den Daumen zwischen 2 Fingern durch. Der Vorsitzende lachte nur über solche Späße des Sekretärs. Wahrscheinlich gefallen sie ihm als gewesenem Kulak auch recht gut.

Dem Mann muß der Daumen etwas kürzer gemacht werden, daß er nicht mehr zwischen den Fingern durchreicht!

Kanzleiverschleppung?

Die Bürger Johann Jakob Meißner, Jakob Seibel, Heinrich Adler und Jakob Schmidt von Grimm warten schon über einen Monat auf ihr Geld aus der Versicherungskasse für ihre krepierten Pferde, aber alles Warten und Hoffen ist umsonst. Es trägt ihnen zusammen 82 Rubel; mancher von ihnen möchte sich für dieses Geld eine Egge oder einen Pflug für die Frühjahrsfeldarbeiten kaufen. Die Bauern fragen, ob es mit der Auszahlung der Gelder aus der Staatsversicherungskasse nicht schneller gehen könnte. Sie warten auf Antwort und auf Geld.

Volksmeinung.

In den Konsum- und landwirtschaftlichen Genossenschaften.

Es könnte besser gehen.

Huck, Kanton Balzer. „Der Schein trügt", sagt ein Sprichwort. Und das Leben scheint in Huck ruhig dahinzuziehen. Aber das ist nur so dem Anschein nach. Betrachtet man Huck ein bißchen näher, dann sieht man, daß „das Leben lebt".

Die Bauern möchten gerne einen neuen Vorstand in der Kreditgenossenschaft sehen. Aber die Wahlen werden immer wieder verschoben. Warum? Niemand weiß das.

Die Umwahlen des Dorfrats verliefen glatt. Auch die Frauen kamen nicht zu kurz, so manche Frau wurde Dorfratsmitglied. Der neue Dorfratsvorsitzende hat nur bis heute nicht für Heizmaterial für die Schulen gesorgt, so daß es in den Schulräumen kalt ist.

In Huck gibt es zwei Schulen. Eine Schule wurde im vergangenem Herbst gegründet dank dem energischen Auftreten der jüngeren Lehrerschaft. Freilich war die Leiterin der Schule Nr. 1 lange gegen die Inslebenrufung einer zweiten Schule, doch die Opposition ließ nicht nach, bis eine zweite Schule vorhanden war. So lebten denn die beiden Schulen friedlich nebeneinander. Aber ach! Nichts ist ewig unter der Sonne.

In der Schule Nr. 2 mußte eine Lehrerin krankheitshalber auf einige Monate in Urlaub gehen. Als deren Stellvertreter sollte auf den Vorschlag der Lehrerschaft der Schule Nr. 2 hin der Leiter dieser Schule fungieren. Plötzlich gab es aber auch Liebhaber in der Schule Nr. 1, die den Posten der erkrankten Lehrerin innehaben wollten. Es handelt sich da natürlich um rein materielle Dinge. So kam nun die ganze Angelegenheit nach Balzer, zum Vorsitzenden des Gewerkschaftverbandes der Aufklärungsarbeiter, der nun der weise Richter und Schlichter sein mußte. Und die Sache wurde von dem Weisen zugunsten der Leiterin der Schule Nr. 1 entschieden; diese vertritt nun in der Schule Nr. 2 die erkrankte Lehrerin.

In den Ecken wird nun erzählt, die Leiterin der Schule Nr. 1 sei durch eine Tasse Kaffee, die der Vorsitzende des Verbandes der Aufklärer in Balzer bei der Leiterin zu sich nahm, in die Schule Nr. 2 gekommen. Jedenfalls hat es den Anschein so. Durchreisende.

Unsere Genossenschaft arbeitet.

Enders, Kanton Krasnojar. Unsere landwirtschaftliche Genossenschaft zählt 261 Personen. Von 294 Wirtschaften sind 261 kooperiert. Der Verband verfügt über folgende Mittel:

Paikapital . . .	1281	Rbl.	73 Kop.
Reservekapital .	632	„	22 „
Grundkapital .	446	„	82 „
Spezialkapitalien	1602	„	07 „

Die Anleihen beziffern sich auf 7400 Rbl., langfristige und 700 Rbl. kurzfristige. Die Genossenschaft schuldet 775 Rbl. 78 Kop.

Im Verlaufe des Abrechnungsjahres hatte die Genossenschaft an Einlagen 2421 Rbl. 74 Kop. zu verzeichnen, davon wurde zurückgegeben 1587 Rbl. 75 Kop.

Darlehen wurden an 258 Personen in der Summe von 3333 Rbl. 97 Kop. gegeben, und zwar für:

Pferde . .	12	Darl. von	786	Rbl.
Kühe . .	4	„ „	100	„
Maschinen	43	„ „	858	„
Samen .	2	„ „	20	„
Verschiedenes	197	„ „	1400	„

Außerdem wurden zu Landeinrichtungszwecken 70 Darlehen verabfolgt von 1400 Rbl 56 Kop.

Waren wurden für 7440 Rbl. 88 Kop. verkauft, Rohstoffe wurden zirka 21,352 Pud fertiggestellt.

Die Genossenschaft besitzt einen Traktor und eine Getreidereinigungsmaschine.

Am Abrechnungstage hatte die Aktivseite der Bilanz folgendes Aussehen:

Bargeld . . .	210	Rbl.	78 Kop.
Darlehen . .	2847	„	24 „
Waren . . .	1594	„	16 „
Absatzprodukte	2444	„	35 „
Vermögen . .	9981	„	63 „
Versch. Werte	250	„	56 „
Debitoren . .	632	„	71 „

Der Reingewinn beziffert sich auf 2425 Rbl.

J. W.

Ueber Körperkultur.

Auf dem letzten Rätekongreß empfahl Gen. Schönfeld ein eingehendes Studium der neuerschienenen „Methodischen Briefe". Es lohnt sich, darüber zu schreiben. Auf Seite 54*) lesen wir:

„Wir stehen von systematischer Gymnastik in den Schulen 1. Stufe ab, da diese in den Händen eines nicht speziell qualifizierten Leiters leicht schädliche Wirkung haben kann."

Der Methodische Rat hat es sich hier im Gegensatz zu den anderen Fächern sehr leicht gemacht. Hat aber damit unsere wirklichen Aufgaben über Körperkultur in den Schulen 1. Stufe über den Haufen geworfen.

Wichtig ist, daß man den Unterricht der Körperkultur als eine klar zielstrebende Handlung, also ein systematisches, von der ersten bis zur vierten Gruppe stufenmäßiges Vorwärtsschreiten auffaßt.

Nur diejenige Schule wird ihrer Aufgabe gerecht, welche nach 4 Jahren solche Kinder entläßt, die neben der geistigen Ausbildung auch körperlich gesund sind.

In bezug auf geistige Erziehung fordert der Methodische Brief ganz bestimmte Kenntnisse und Fertigkeiten; und das ist gut so. Aber mit der körperlichen Erziehung will man warten, bis „speziell qualifizierte Lehrer" da sind. Wie lange soll das dauern?

Dem Lehrer ist das Jacke wie Hose; ihm ist in der jetzigen Zeit das eine Gebiet genau so neu wie das andere, und auf den Umschulungskursen wird er das Gebiet der körperlichen Erziehung ebenso gut erfassen.

Im Gegensatz zu den Anweisungen ist es notwendig, daß die Leibesübungen mit dem ersten Schultag beginnen. Der Lehrer wird demnach seinen Jahresstoff auf die drei Trimester genau so verteilen und in einen ähnlichen Rahmen aufstellen müssen, wie es der Meth. Brief z. B. mit der russischen Sprache tut.

Natürlich erfordert dies Arbeit; aber viel weniger theoretische Erörterungen als praktisches Erproben.

Im Zusammenhang hiermit ist es vorerst einmal notwendig, eine brennende prinzipielle Frage aufzurollen.

Wer ist für die körperliche Verelendung unserer Schuljugend verantwortlich — das Kommissariat für Volksaufklärung oder der Zentralrat für Körperkultur? Die Erfahrung lehrt uns, daß die Leibesübungen beim Volkskommissariat mit seinem riesigen Lehrkörper eine Art Aschenbrödelstellung einnehmmen. Die Erfahrung lehrt uns aber des weiteren auch, daß es unseren Fachleuten im Zentralrat für Körperkultur nie und nimmer gelingen wird, diesbezüglich ein Programm zusammenzustellen.

Sie haben in ihrem Leben noch nichts mit Schulturnen zu tun gehabt. Sodann sitzen hier auffälligerweise nur russische Genossen, die keinerlei Möglichkeit haben, sich nach dem Auslande, wo auf diesem Gebiete eine wahre Revolution vor sich ging, zu orientieren.

Jedenfalls steht es faktisch so in unserer „deutschen Republik". Wie ganz anders steht es aber in Moskau? In unserer höchsten Instanz für Körperkultur zu Moskau sind (wie mir persönlich bekannt ist) in ihrer überwiegender Mehrheit die Leitung, die Lektoren und Sportärzte Deutsche, die hauptsächlich nach deutscher Literatur arbeiten. Das hat seinen ganz bestimmten Grund. Jedem Anhänger der Roten Sportinternationale sollte es nämlich bekannt sein, daß auf dem Gebiete der Körperkultur ganz Europa jetzt von dem schöpft, was in Deutschland innerhalb der letzten Jahre neu gestaltet wird. (Auch die Professoren der Saratower medizinischen Fakultät bestätigen das.)

Viel weniger als Moskau und Saratow brauchen wir uns also in unserer Republik zu schämen, wenn wir das, was für unsere Kinder gut ist, aus Deutschland (dem gelobten Lande der Kuhbauerei) übernehmen. Steht es etwa mit unserer marxistischen Theorie oder der Musik anders?

Für die Masse unserer körperlich verelendeten Schuljugend würde es ein wahrer Segen sein, wenn endlich mal die sich immer breiter machenden „Hindernisse" zerschlagen würden.

Doch weiter im Text. Im Methodischen Brief empfiehlt man als energische Gegenmaßregel und zum Ausgleich der Körperkrümmungen Regulierung der Atmung und Stärkung der Rücken- und Bauchmuskulatur — „Erquickungsübungen" (das klingt energisch, vierschrötig, derb und deutsch — nicht wahr?).

Aber genau so fade und geschmacklos wie der Klang des Wortes, welches wohl eine süßliche Rückübersetzung aus dem Russischen darstellt, genau so schwach und völlig unzureichend ist die magere Turnkost, die man unserer Jugend damit bietet.

Niemand wird den Nutzen und die besonders auf Herz und Lunge gesundheitsfördernde Einwirkung, welche der Lauf bei seiner verschiedenen Anwendung in den angegebenen Bewegungsspielen bewirkt, verkennen wollen. Die Spiele sind gut und auch notwendig; dazu sollte alle Wochen mindestens ein freier Spielnachmittag zur Verfügung stehen. Aber regelmäßig täglich vorgenommen, würden sie von unseren Schulärzten beispielsweise im zweiten Trimester einfach verboten werden.

Hierdurch rückt schon die Gefahr nahe, daß wir den angegebenen Zweck nicht erreichen; abgesehen davon, daß der Lehrer, welcher den Lauf durchführen läßt, anatomisch und physiologisch genügend geschult sein muß.

Aus dem schwedischen und deutschen Schulturnen zweckentsprechend übernommene Uebungen sind hier in der Pokrowsker Schule 1. Stufe bereits praktisch eingeführt und vom Schularzt und dem Kommissariat gutgeheißen worden. Ihre Beschreibung soll in einem späteren Artikel folgen.

Natürlich sollen diese noch lange nicht als ein Allheilmittel gepriesen werden.

Aber wir wollen praktisch weiterprobieren und diskutieren, und unsere pädagogischen und Aerztekommissionen sollen ernstlich prüfen und entscheiden.

Alsück.

*) Methodische Briefe. Vierter Brief. Herausgegeben vom Wolgadeutschen Volksbildungskommissariat.

So kann es nicht gehen.

Eckheim (Kanton Krasny-Kut). Unlängst war Gen. Oelberg aus dem Kantonzentrum hier. Die Bauern haben sich darüber sehr gefreut. Es wurde die Meinung laut, daß auch aus dem Zentrum der Republik, aus Pokrowsk, öfter Genossen zu uns kommen müßten. Warum kommt z. B. Gen. Schwab nicht mal nach Eckheim? Der könnte die Bauern über so manche Frage aufklären.

Jetzt einige Worte über unsere Kreditgenossenschaft. Warum treten die Bauern zu wenig in die Genossenschaft ein? Einmal deshalb, weil die örtlichen Genossen mit dem Maus an der Spitze alles hingerichtet haben. Zweitens, weil der Dorfrat und das Komitee für gegenseitige Hilfe der Kreditgenossenschaft keine Aufmerksamkeit schenken. Dann drittens, weil die Bauern selbst zu schwerfällig sind und immer nicht ziehen, wenn es sein müßte.

Die Genossen aus dem Kantonzentrum haben gesagt, daß der Pay auf 10 Rubel erhöht werden soll. Das wollten auch die örtlichen Arbeiter. Aber warum? Weil wir weiter arbeiten wollten. Aber dieser Pay ist zu hoch. Gewiß, Leute vom Schlage eines Maus haben ja die Möglichkeit, große Pays aufzubringen. Solche verdienen Geld mit den Geldern der Bauern. Im Sommer 1926 hat Maus mit der Dreschmaschine gearbeitet: das hat ihm doch was eingebracht. Jedenfalls gibt es keine Hochzeit, auf der Maus nicht wäre. Jede Hochzeit frißt vom Maus 3—5 Rubel. Wo kommt demnach das Geld her? Ob nicht zum Teil die Kreditgenossenschaft als Quelle dient?

Ein Kooperator.

Für unseren Landwirt.

Die physikalischen Bodeneigenschaften.

(Nach K. Rümker.) (Schluß)

5. Das Verhalten des Bodens gegen Wärme und Luft.

Die Bodenluft entstammt der Lufthülle, welche die Erde umgibt. Die Bodenluft ist sauerstoffärmer und kohlensäurereicher als die Luft über der Erdoberfläche, und zwar wird sie mit zunehmender Tiefe nach dem Erdinnern zu immer kohlensäurereicher. Der Sauerstoffgehalt des Bodens sinkt desto mehr, je schlechter und seltener ein Boden gelüftet wird. Der Kohlensäuregehalt der Bodenluft pflegt im umgekehrten Verhältnis zu ihrem Sauerstoffgehalt zu stehen. Er ist desto größer, je mehr verwesende organische Substanz ein Boden enthält und je weniger ein Boden gelüftet wird.

Die Durchlüftbarkeit des Bodens. Die so beschaffene Bodenluft füllt alle nicht vom Wasser eingenommenen Hohlräume des Bodens. Für das Gedeihen von Pflanzen ist ein reger Austausch zwischen der Bodenluft und der Atmosphäre sehr notwendig, schon um der Sauerstoffzufuhr willen, welche die Bodenluft dadurch erfährt und welche für **die Wurzelatmung** von größter Bedeutung ist. Dieser Luftaustausch zwischen Boden und Atmosphäre wird bewirkt durch Temperaturunterschiede zwischen Boden und Atmosphäre sowie durch verdunstendes und fließendes Wasser. Auch mögen die Schwankungen und der Wind hier Einfluß haben. Je größer der Temperaturunterschied zwischen Boden und Atmosphäre, je größer die lufterfüllten Hohlräume im Boden sind, je geringer das spezifische Gewicht der atmosphärischen Luft ist, d. h. je sauerstoffreicher und kohlensäurearmer sie ist, und je mehr die Krustenbildung und Verschließung der Bodenoberfläche durch zweckmäßige Bodenbearbeitung vermieden wird, desto energischer geht der Luftaustausch zwischen Boden und Atmosphäre vor sich, d. h. desto vollkommener ist die Durchlüftung des Bodens.

Eindringendes Wasser wirkt auch fördernd auf den Luftaustausch zwischen Boden und Atmosphäre, indem es teils die Bodenluft hinaustreibt, teils einsaugend auf die atmosphärische Luft in den Boden wirkt.

Wenn wir bedenken, welche große Rolle Wasser, Kohlensäure und Sauerstoff für die Vorgänge der Verwitterung und Verwesung im Boden und damit für die Aufschließung von Pflanzennährstoffen spielen, ist es einleuchtend, **welche Wichtigkeit für die Erträge alle Maßnahmen haben müssen, welche den Boden lockern und seine Durchlüftung erhöhen.** Deshalb ist auf die Regelung der Wasserverhältnisse und der anderen Meliorationen sowie auf die verschiedenen Maßnahmen der Bodenbearbeitung und Düngung großes Gewicht zu legen. Das sollte sich jeder Landwirt fest einhämmern.

Das Verhalten des Bodens gegen die Elektrizität ist noch nicht genügend aufgeklärt. Sicher ist, daß der Boden infolge der mannigfachen in ihm stattfindenden chemischen und physikalischen Prozesse, sowie infolge seiner Wechselbeziehungen zu der Atmosphäre reich an Elektrizität ist. Gewiß ist diese Bodenelektrizität nicht ohne Bedeutung für das Pflanzenleben. In welcher Weise sich aber bei den Pflanzen der Einfluß der Elektrizität äußert, das ist noch nicht genügend erforscht. Hoffentlich werden die Versuche, die über künstliche Vermehrung der Ernte durch Elektrizität gemacht werden, bald soweit fortgeschritten sein, daß die landwirtschaftliche Praxis daraus Nutzen ziehen kann.

* * *

Das wären die Momente aus der Schilderung des Bodens, als Standort für unsere Kulturpflanzen, die notwendig sind, um die wissenschaftliche Grundlage für eine zweckmäßige Bodenbearbeitung anzudeuten. — Wir sahen aus dieser Darstellung, daß sich in dem friedlich und ruhig daliegenden Boden ungemein zahlreiche und zum Teil recht komplizierte Vorgänge abspielen, daß der Boden in der Tat nicht die tote Masse ist, für die er leider oft noch gehalten wird.

Der Boden, den der Landwirt bearbeitet, ist ein Stück Natur, und als solches ist er lebendig und lebenführend. Diese Natur soll man kennen und verstehen lernen, dann wird es leichter, Mißgriffe und Fehler in ihrer Behandlung zu vermeiden. Die Arbeit der Natur muß man unterstützen, dann wird der Erfolg nicht ausbleiben.

Buntes Allerlei.

Ein Pharaonen-Grab bei Sakkara entdeckt.

Nach englischen Berichten aus Kairo hat der Archäologe Cecil Firth, der im Auftrage des Altertumsministeriums der aegyptischen Regierung Ausgrabungen in Sakkara leitet, in der Nähe der Stufenpyramide ein fünftausend Jahre altes Grab der dritten Dynastie entdeckt. Die Grabräume sind mit blauen Kacheln dekoriert. In den Nischen sind Porträts von Pharao Zoser, dem Erbauer der Stufenpyramide, aufgestellt. Die Reliefarbeiten gehören zu den schönsten der Periode. Außerdem wurden zwölf prächtige Alabaster-Weinkrüge von beinahe drei Fuß Höhe gefunden. Es ist möglich, daß das Grab dem Vater Zosers, Imhoteps, gehört.

Verantwortlicher Redakteur: D. Schmidt.
Druck: Druckerei des Deutschen Staatsverlags, Pokrowsk a. d. Wolga, Kommunardenplatz Nr. 4.
Geschäftsstelle und Schriftleitung: Pokrowsk a. d. Wolga, Linienstraße Nr. 9. Telephon der Redaktion Nr. 186, der Typographie Nr. 26.

Verordnung

des Zentral-Vollzugs-Komitees und des Rates der Volkskommissare der Autonomen Sozialistischen Räte-Republik der Wolga-Deutschen

über die Einführung der örtlichen Steuern und Abgaben in der Autonomen Republik der Wolgadeutschen für das Budgetjahr 1926—27.

Auf Grund des Artikels 43 der von der 3. Session des Allrussischen Zentral-Vollzugs-Komitees der 12. Einberufung vom 19. Nov. 1926 bestätigten Bestimmungen über die örtlichen Finanzen der RSFSR verordnet das Zentral-Vollzugskomitee und der Rat der Volkskommissare der Republik der Wolgadeutschen: den Stadträten und Kanton-Vollzugskomitees der deutschen Republik das Recht zu erteilen, zur Verstärkung der örtlichen Mittel folgende Steuern und Abgaben mit einer Tarifsatzhöhe festzusetzen und zu erheben, welche die in der vorliegenden Verordnung festgesetzten nicht übersteigt:

1. Steuer auf Gebäude.

Steuer auf Gebäude kann, mit Ausnahme der unten angeführten, von allen Gebäuden erhoben werden, die sich in Nutznießung oder im Besitz sowohl privater Personen, Gesellschaften und Unternehmungen, als auch staatlicher und kooperativer Anstalten und Unternehmungen befinden, und zwar:

a) von Wohnhäusern, Fabriken, Werken, Niederlagen, Räumen für Handel und Industrie, Theatern und jeglicher Art anderer Gebäude, unabhängig von den dazu gehörigen Nebengebäuden, die im Weichbild der Stadt gelegen sind, und

b) von den außerhalb des städtischen Weichbildes befindlichen Gebäuden, Anlagen und jeder Art von Gebäuden überhaupt oder deren Teile, die für Fabrik-, Werk-, Handels- oder Industrietätigkeit bestimmt sind, nebst sämtlichen, sie bedienenden Gebäuden und Wohnhäusern für Arbeiter und Angestellte.

Von der Steuer auf Gebäude sind zu befreien:

a) Banken nebst den sie bedienenden Gebäuden, die in festgesetzter Ordnung an das Volkskommissariat für Kriegs- und Seewesen geknüpft sind, in denjenigen ihrer Teile, die unmittelbar von Truppenteilen der Roten Armee und Flotte eingenommen sind;

b) Bauten nebst den sie bedienenden Gebäuden, welche den auf Staats- und Ortsbudget stehenden Anstalten, ebenso jeglicher Art Wohnungskooperativen, Wohnungsgesellschaften, Gewerkschafts-, Partei- und anderen gesellschaftlichen Organisationen überlassen sind, sowie auch Wohnhäuser, die den Kommunalwirtschaften gehören und unmittelbar von ihnen als Wohnungen ausgebeutet werden;

c) die dem Volkskommissariat für Verkehrswesen gehörenden Bauten, welche auf den dem Eisenbahn- und Wasserverkehrstransport übergebenen Ländereien aufgeführt sind, mit den Eisenbahn- und Wasserverkehrswesen in direkter Verbindung stehen und unmittelbar von den Organen des Volkskommissariats für Verkehrswesen zu Exploitationsbedürfnissen des Transportes ausgenützt werden;

d) Bauten oder Teile davon, welche unmittelbar von Gewerkschaftsverbänden und Kulturaufklärungsanstalten der Arbeiterorganisationen als Geschäftslokale eingenommen und in festgesetzter Ordnung an sie geknüpft sind, desgleichen Gebäude oder deren Teile, die nichts einbringen und von den genannten Anstalten eingenommen werden, wenngleich auch diese Bauten in festgesetzter Ordnung an diese nicht geknüpft sind;

e) Bauten, welche von Sanatorien, Erholungsheimen und Invalidenanstalten eingenommen sind, die der Verwaltung der Sozialen Versicherung und deren örtlichen Organen untergeordnet sind, falls diese Bauten unmittelbar für die Zwecke dieser Anstalten ausgenützt werden, ohne vermietet oder für irgendeine andere kommerzielle Exploitation gebraucht zu werden;

f) Wohngebäude, welche auf Grund eines Baurechtsvertrages neu aufgeführt oder wiederhergestellt sind, im Laufe von drei Jahren vom Tage ihres Aufbaues oder ihrer Wiederherstellung an;

Anmerkung: Nach Ablauf dreier Jahre vom Tage der Aufführung oder Wiederherstellung des Gebäudes an ist die örtliche Steuer von dem Aufführer des Gebäudes oder dessen Rechtsnachfolger während der ganzen Zeit der Wirkungskraft des Vertrages über das Bebauungsrecht im Betrage von nicht über 50 Proz. der auf ihn entfallenden Steuersätze zu erheben, unter der Bedingung, daß die Wohnfläche des aufgeführten oder wiederhergestellten Hauses nicht weniger als 75 Proz. der ganzen Fläche des Gebäudes ausmacht.

g) Gebäude der Familien von Personen, die im Dienste der Roten Armee und Flotte stehen, wenn diese Gebäude unmittelbar von deren Familien eingenommen sind und nicht durch Vermieten einzelner Wohnungen oder Räumlichkeiten ausgebeutet werden;

h) Gebäude von demobilisierten und auf unbestimmte Zeit aus der Roten Armee und Flotte beurlaubten Personen oder deren Familiengliedern, die sich auf deren Unterhalt befinden, im Laufe eines Jahres vom Tage der Demobilisierung oder Beurlaubung auf unbestimmte Zeit, falls diese Gebäude unmittelbar von dem Demobilisierten oder ihren Familien, die sich auf deren Unterhalt befinden, bewohnt und nicht durch Vermieten einzelner Wohnungen oder Räumlichkeiten ausgebeutet werden;

i) Gebäude, welche zum Bestand der Wirtschaften gehören, die der einheitlichen landwirtschaftlichen Besteuerung unterliegen;

k) Gebäude, welche von Dorfhandwerkern und Heimarbeitern, sowie von Dorfhandwerks- und Heimarbeiterunternehmungen, die nicht über drei Lohnarbeiter halten, für sich und für ihr eigenes Gewerbe ausgenützt, nicht aber von ihnen vermietet werden;

l) Bauten nebst den sie bedienenden Gebäuden, welche an die Bauernheime geknüpft sind und von diesen weder durch Vermieten, noch durch eine andere Art kommerzieller Ausbeute ausgenützt werden,

m) Bauten der freiwilligen Gesellschaften für Rettung auf dem Wasser, welche unmittelbar Rettungszwecken dienen und für diese ausgenützt werden;

n) Bauten, welche in untaugbaren Zustand geraten sind, für die Zeit ihres Umbaus oder der Kapitalremonte;

o) Bauten, die von Unternehmungen der staatlichen Industrie eingenommen sind, welche sich in der dazu festgesetzten Ordnung im Zustande der Konservation befinden;

p) Bauten für Schlittschuhbahnen, Schneeschuhstationen und Plätze, die unter der Leitung der Räte für physische Kultnr stehen, unter der Bedingung, daß sie ohne vermietet zu werden, unmittelbar von den genannten Räten ausgenutzt werden

q) Gebäude, deren Steuersätze 50 Kopeken nicht übersteigen.

Die Steuer auf Gebäude ist im Betrage von nicht mehr als ein Viertel Proz. des materiellen Wertes der Gebäude nach den Angaben der Staatsversicherung jährlich zu erheben.

Die Gebäudesteuer ist von dem Eigentümer der Gebäude zu entrichten, in jenen Fällen aber, wenn sich das Gebäude faktisch in der Nutznießung oder im Besitze einer anderen Person (physischen oder juridischen) befindet — von dem faktischen Nutznießer oder Besitzer.

2. Steuer auf Frachten.

Der Frachtsteuer unterliegen, mit Ausnahme der unten angezeigten, jegliche Frachtgüter, die auf der Eisenbahnstation und der Landungsstelle der Schiffe, desgleichen auf der Anlegestelle der Privatfahrzeuge ankommen, die sich im Bereiche der Städte befinden oder welche die Städte, die an diese Stationen und Landungsplätze angrenzen, bedienen, sowie auch diejenigen Frachtgüter, welche auf den an die Fabrik- und Handelsgewerbe-Rayons angrenzenden oder darin gelegenen Stationen und Landungsplätzen einlaufen.

Von der Frachtsteuer sind zu befreien:

a) Frachtgüter, die als Transitgüter durch die betreffende Station oder Landungstelle gehen;

Anmerkung: Hinsichtlich des Ausgangs- und Bestimmungspunktes sind sämtliche Frachtgüter, einschließlich der Ein- und Ausfuhrgüter, nicht als Transitgüter zu betrachten.

b) Frachtgüter, die unter Beobachtung der entsprechenden Regeln auf Niederlagen und Stationen herbeigestellt werden und in der festgestellten Ordnung als herbeigebrachte Güter erklärt sind, mit Ausnahme der auf die örtlichen Märkte gelieferten;

c) Erzeugnisse der Land- und Forstwirtschaft, desgleichen Salz und Sandzucker, welche, unter Beobachtung der Regeln über Zufuhr von Frachtgütern, zum Aufbewahren, Reinigen und Trocknen oder Umarbeiten den von den Zufuhrniederlagen in der festgesetzten Ordnung angezeigten Mühlen, Graupenschälern und Hüttenwerken zugestellt werden, mit Ausnahme der auf die örtlichen Märkte gelieferten;

d) die Naphthaerzeugnisse auf den Umladestellen vom Wasserverkehrstransport zur Eisenbahn oder umgekehrt, mit Ausnahme der auf die örtlichen Märkte gelieferten;

Anmerkung: Die in den Punkten „b", „c" und „d" genannten Frachtgüter sind nur auf den Zufuhr- oder Umladestellen ihrer Versendung von der Steuer zu befreien.

e) Getreidefrachtgüter, Kornfutter- oder ölhaltige Waren, sowohl in rohem, als auch in bearbeitetem Zustande, desgleichen auch die Reste von ihrer Umarbeitung (Kleie, Oelkuchen und and.), welche ins Ausland befördert werden;

f) die dem Volkskommissariat für Kriegs- und Seewesen gehörenden Frachtgüter, welche gemäß den festgesetzten militärischen Anforderungen transportiert werden und ausschließlich für die Nöte der Roten Arbeiter- und Bauernarmee bestimmt sind;

g) die den Eisenbahnen oder dem Wasserverkehrstransport gehörenden Frachtgüter, welche ausschließlich für Exploitationszwecke der Eisenbahnen oder des Wasserverkehrstransportes bestimmt sind, mit Ausnahme derjenigen Frachtgüter, welche von Lieferanten abgefertigt oder erhalten werden;

h) die dem Volkskommissariate für Finanzwesen der Union d. SSR, den Bundesrepubliken und ihren örtlichen Organen gehörenden Wertgüter, welche auf den Eisenbahnen und zu Wasser versandt werden;

i) die Postfrachtgüter, desgleichen die dem Volkskommissariat für Post und Telegraphen gehörenden Frachtgüter, welche ausschließlich für Exploitationszwecke jeder Art des Verkehrs bestimmt sind, mit Ausnahme der Frachtgüter, die von Lieferanten abgeliefert oder erhalten werden;

k) Arrestantenfrachtgüter (der Gefängnisse);

l) die diplomatischen Post des Volkskommissariates des Aeußeren, sowie der bei der Regierung d. Union d. SSR akkreditierten Vertreter der ausländischen Staaten;

m) Frachtgüter, welche für die Bevölkerung zur Hilfe bestimmt sind, die von einem durch Naturereignisse hervorgerufenen Unglücke betroffen ist;

n) das auf den Eisenbahnen und zu Wasser zu befördernde Vermögen der Uebersiedler, welche gemäß den Regeln über Landeinrichtung und Uebersiedlung nach neuen Orten auswandern (Uebersiedlungsfrachtgut), desgleichen auch die Frachtgüter Arbeitsloser, welche auf dem Wege der Massenbe förderung von Arbeitskräften durch die Organe d. Volkskommissariats für Arbeit befördert werden;

o) Frachtgüter mit Erzeugnissen der Presse, welche von den Staats- und Privatverlägen, sowie von den Verlägen der Gewerkschaftsverbände versandt werden;

p) das dem Reisenden zur kostenfreien Ueberfuhr erlaubte Reisegepäck, sowie das laut Ordres zu befördernde Gepäck der Transportarbeiter;

q) die Frachtgüter der staatlichen Sparkassen der Werktätigen;

r) die Frachtgüter der Volksernährung;

s) Salz, das ohne Anwendung mechanischer Kraft zu Wasser gelöst wird.

Die Steuer für Frachtgüter, welche auf den Eisenbahnen ein- und ausgeführt werden, darf folgende Grenzen nicht überschreiten:

a) für Frachtgüter, welche nach den Schemen der speziellen Tarife befördert werden, den vierfachen Tarifsatz,

b) für Gepäck, Waren, Frachtgüter der Passagierzugsgeschwindigkeit, für Reisegepäck und Frachtgüter der ersten vier Klassen des Normaltarifs — den dreißigfachen Tarifsatz,

c) für alle übrigen Frachtgüter — den zehnfachen tonnen-, stück- oder waggonweise berechneten Tarifsatz des anfänglichen (allgemeinen, speziellen oder ausschließlichen), für 1 Kilometer der von dem betreffenden Frachtgut passierten Strecke berechneten, auf die betreffende Beförderung anzuwendenden Tarifsatzes, in denjenigen Fällen aber, wo der Tarif den Betrag für die ganze Transportstrecke in sich schließt, — nach dem ursprünglichen Satzte des entsprechenden allgemeinen Tarifes;

Anmerkung 1: Die Steuersätze für Frachtgüter, welche eine Strecke von nicht mehr als 50 Kilometer zurücklegen, dürfen 20 Proz. und für Frachtgüter, welche eine Strecke von 51 bis 100 Kilometer zurücklegen, — 40 Proz. desjenigen Satzes nicht übersteigen, welcher für Frachtgüter, die eine Strecke von mehr als 100 Kilometer zurücklegen, festgesetzt ist.

Anmerkung 2: Falls der auf ein Frachtgut fallende Steuerbetrag 20 Kop. nicht übersteigt, ist die Steuer im Betrage von 20 Kop zu erheben.

(Schluß folgt)

Wissenschaftliche Plaudereien.

Aus der Himmelskunde.

VI.

Die Sonne.

Die Sonne ist ein Fixstern, der die Erde beleuchtet. Ihr verdanken wir Licht, Luft und Leben. Ohne Sonne wäre die Luft längst erstarrt; ohne Sonne gäbe es weder Pflanze noch Tier.

Die Sonne ist 149.000.000 km von der Erde entfernt. Mit einem Schnellzug, der 1 km in der Minute fährt, brauchten wir 283 Jahre. Wir führen heute hier ab, und bis wir auf die Sonne kämen, wären unsere Kleider längst aus der Mode.

„Nicht einmal die Gefühlsempfindung des Menschen", sagt Tromholt, „würde im Laufe eines ganzen Menschenlebens eine solche Strecke durchlaufen können. Wenn ein neugeborenes Kind einen so langen Arm hätte, daß es von der Erde die Sonne erreichen und sich an ihr brennen könnte, würde es als Greis sterben können, ohne den Schmerz gefühlt zu haben: denn 140 Jahre würde es dauern, ehe die Nerven den Schmerz von den Fingerspitzen durch den langen Arm zum Bewußtsein verpflanzt hätten."

Der Lichtstrahl, der in der Sekunde 300.000 km zurücklegt, braucht 8¼ Minute von der Sonne bis zur Erde, der Schall 15 Jahre. Wir sehen also die Sonne noch, wenn sie tatsächlich schon 8¼ Minuten lang untergegangen ist, und umgekehrt sehen wir sie erst, wenn sie schon 8¼ Minuten lang am Himmel steht.

Die Sonne ist so heiß, daß bei einer Berührung mit der Sonne die ganze Erde im Augenblick verdampfen würde. 8000 bis 14 000 Grad Wärme sollen auf der Sonnenoberfläche herrschen.

Und die Sonne ist so groß, daß wenn man die Erde in den Sonnenmittelpunkt stellte, der Mond ruhig seine Bahn um die Erde ziehen könnte, ohne an den Sonnenrand anzustoßen. 1 Million 284.000 Erdkugeln würden erst die Sonne füllen.

Durch das Fernrohr entdecken wir auf der Sonnenoberfläche dunkle Flecken, die sich verändern, kleiner und größer werden, kommen und verschwinden. Diese Sonnenflecken wandern in 12—13 Tagen von Osten nach Westen über die Sonnenscheibe. Daraus schließt man, daß sich die Sonne wahrscheinlich in 25 Tage von Osten nach Westen um sich selbst dreht. Die Sonne hat einen glühend flüssigen **Kern**, darüber eine dünne Schicht, die eigentlich leuchtet, darüber eine Dampfschicht und endlich darüber noch eine Korona (Krone), die bei vollständigen Sonnenfinsternissen manchmal mit bloßem Auge sichtbar ist und wahrscheinlich aus leichtesten Gasen besteht.

Durch die Lichtzerlegung (Spektralanalyse) hat man festgestellt, daß die Erde und Sonne dieselben Stoffe haben.

Die Sonnenflecke mehren sich. Die Sonne wird also allmählich kälter. Immer größere Gebiete werden dunkler. Sie wird allmählich ein „veränderlicher Stern" und endlich ein dunkler wie die Erde und die anderen Wandelsterne. Bis dahin soll's aber noch ein paar Jahre dauern. Sie soll noch 20 Millionen Jahre glühend scheinen.

Brief an die Redaktion der „Nachrichten".

Ich habe am 5. April die „Nachrichten" an folgende Adresse verschrieben: Москва, М.-Афанасьевский пер., дом № 4, кв. 2.

Bis heute habe ich aber keine einzige Nummer erhalten. Könnten denn keine Maßnahmen getroffen werden, damit die Abonnenten die Zeitung bekommen? Soweit mir bekannt ist, wird auch andern Abonnenten in Moskau die Zeitung sehr unregelmäßig zugestellt. Sogar in der wolgadeutschen Vertretung beim Präsidium des Allrussischen Zentralvollzugskomitees ist die Zeitung nicht immer zu haben, weil sie nicht regelmäßig ankommt.

Mit komm. Gruß
W. Wegner.

Moskau, 14. April 1907.

Von der Redaktion.

In der Redaktion der „Nachrichten" laufen täglich Briefe ein, die über unregelmäßige Zustellung der „Zeitung" klagen. Gewiß unternimmt die Redaktion hinsichtlich einer jeden Beschwerde Schritte, um die Sache aufzuklären und in Ordnung zu bringen. Und es muß von vornherein gesagt werden, daß die Redaktion an der unregelmäßigen Zustellung der Zeitung keine Schuld trägt und unter den heutigen Verhältnissen auch keine Verantwortung für die Expedition der Zeitung auf sich nehmen kann.

Die Zeitung wird laut Vertrag mit dem Pokrowsker Postamt von diesem expediert. Das besagt, daß für die Expedition der Zeitung juridisch das Postamt voll und ganz verantwortlich ist. Alle Beschwerden werden seitens der Redaktion auf dem Pokrowsker Postamt aufgeklärt. Da stellt sich nun immer wieder heraus, daß die Zeitungen für alle Leser regelmäßig vom Pokrowsker Postamt abgeschickt werden. Dennoch bekommen wieder Leser an Ort und Stelle die verschriebene Zeitung nicht. Warum? Die Schuld liegt an dem ganzen Expedierungssystem.

Das Pokrowsker Postamt **versieht die Zeitungen nicht mit Adressen.** Das Adressenaufschreiben ist die Pflicht und Schuldigkeit der örtlichen Postabteilungen. Das Pokrowsker Postamt weiß nur dank seinem „ausländischen" Kartensystem, daß — sagen wir mal in Moskau — so und so viel Personen die Zeitung verschreiben. Nach Moskau wird täglich die entsprechende Anzahl von Exemplaren abgesandt. Auf dem Moskauer Postamt befinden sich nun die Karten mit den genauen Adressen der Leser, und der Moskauer Briefträger müßte die Adressen aufschreiben und die Zeitungen an den Mann bringen. Der Postbeamte macht das aber nicht, wie wir aus eigener Erfahrung wissen.

Er nimmt sich keine Zeit zum Adressenaufschreiben: er bringt **adressenlose** Zeitungen in die Häuser, wo die Leser wohnen, und händigt sie dort dem Schweizer ein. Dem ist's aber ganz egal, wo die **adresselose** Zeitung hinkommt. Der Leser bekommt sie jedenfalls in 99 Fällen von 100 nicht in die Hand, was uns aus eigener Erfahrung bekannt ist. Wenn das Postamt in Moskau so arbeitet, da kann man sich denken, wie unsere Postabteilungen an Ort und Stelle arbeiten mögen.

Die Redaktion ist der Meinung, daß das Expeditionssystem im Grunde geändert werden muß. Und in dieser Richtung werden Schritte unternommen

Bekanntmachung.

Das Wolsker Bezirks-Kombinat bringt allen staatlichen, kooperativen und Privat-Unternehmungen und Anstalten, ebenso der Bauernbevölkerung zur Kenntnis, daß auf den Lagern der Sägemühle des Wolsker Kombinats in der Stadt Wolsk in großer Auswahl vorhanden sind:

Stammholz — Stangenholz von 9 und 13 Arschin lang und von 2 bis 3¾ Werschok dick am oberen Stammende, zu ermäßigten Preisen — 45 Kop. für einen Kub.-Fuß, oder

13	Arschin	x 2	Werschock	— Rubel 1 — 37	der Stamm.
13	„	x 2½	„	— Rubel 2 — 24	„ „
13	„	x 3	„	— Rubel 3 — 11	„ „
13	„	x 3½	„	— Rubel 4 — 28	„ „
13	„	x 3¾	„	— Rubel 4 — 87	„ „

Außerdem Schwartenbretter 3 Arschin lang 15 Kop. das Stück.

Nr. 819 **Wolsker Kombinat.**

Hauptliteraverwaltung der UdSSR der W.-D. Nr. 329